

## BESPRECHUNGEN

### Politische Theorie und Ideengeschichte

Benhabib, Seyla. *Dignity in Adversity. Human Rights in Troubled Times*. Cambridge. Polity Press 2011. 298 Seiten. 24,95 \$.

In diesem Band versammelt Seyla Benhabib neun (bereits publizierte, aber leicht überarbeitete) Aufsätze aus den Jahren 2006 bis 2010, die sich gemeinsam als kosmopolitische und demokratische Theorie der Menschenrechte lesen lassen. Ausgehend von der Diagnose, dass das kosmopolitische Menschenrechtsideal aus unterschiedlichen Richtungen Kritik ausgesetzt ist – in der politischen Theorie zweifeln kommunitaristische und dekonstruktivistische Ansätze an den Prämissen des Projekts, während der „War on Terror“ oder die Folterskandale in Guantánamo beispielhaft für gegenläufige empirische Tendenzen stehen –, argumentiert Benhabib für einen „cosmopolitanism without illusions“ (1). Diesen aufgeklärten Kosmopolitismus beschreibt sie in der Einleitung als ein kritisches Ideal, das die Widersprüche zwischen universellen und partikularen Ansprüchen, die dem Begriff des Kosmopolitismus innewohnen, insofern positiv wendet, als universelle Menschenrechte nur über demokratische Aneignungsprozesse in spezifischen Kontexten rechtlich institutionalisiert werden können.

Die ersten beiden Aufsätze sowie das Schlusskapitel behandeln die totalitären und dystopischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, die den tragischen

Ursprung heutiger Vorstellungen von Kosmopolitismus bilden und deren normativer Begründung und theoretischer Explikation die übrigen Kapitel dienen. Benhabibs Überlegungen nehmen ihren Ausgang von der Verbindung, die sie zwischen aktuellen Tendenzen der Islamophobie in Europa und dem Antisemitismus des vergangenen Jahrhunderts zieht. Ihre Hypothese ist, dass sich heute abermals die Intoleranz und Exklusivität der europäischen Aufklärung abzeichnen (17). Vor diesem Hintergrund erörtert sie die jeweiligen Thesen Horkheimers, Adornos und Arendts zu den Ursachen und Grundlagen des Antisemitismus (Kapitel 2). Mit Ralph Lemkin wählt Benhabib im dritten Kapitel den weitestgehend unbekannten Vater der Genozidkonvention und Zeitgenossen Arendts als deren theoretischen Gegenspieler und zeigt auf, inwiefern Arendts Pluralitätskonzept eine ontologische Begründung für Lemkins Definition von Völkermord bietet. Im letzten Aufsatz des Buchs stellt sie Blochs Verdienst der Rehabilitierung des Utopiebegriffs heraus und zeigt, dass es auch heute konkreter Utopien bedarf.

Die Entwicklung ihrer realistisch-utopischen kosmopolitischen Theorie beginnt Benhabib im vierten Kapitel mit einer diskurstheoretischen Begründung der Menschenrechte. Die Grundlage bildet eine weite Interpretation des „Rechts, Rechte zu haben“, das sie als Anspruch jedes Menschen auf kommunikative Freiheit, im Sinne von Forsts „Recht auf Rechtfertigung“, versteht (62). Ihr zentrales Anliegen ist es, obwohl die Begründung als auch den Inhalt von Menschenrechten robuster zu gestalten, als es in vielen minimalistischen Ansätzen der Fall ist. Menschenrechte sind Benhabib zufolge „moral

principles that protect the exercise of your communicative freedom and that require embodiment in legal form“ (68). Aus dieser moralischen und rechtlichen Zweidimensionalität der Menschenrechte entsteht die Dynamik, die *Benhabib* im für ihren Ansatz zentralen Konzept der demokratischen Iterationen einzufangen versucht. Damit bezeichnet sie in demokratischen Institutionen und Öffentlichkeiten stattfindende Debatten und Lernprozesse, in denen über universelle Normen verhandelt und gestritten wird, wodurch diese ihre Bedeutung verändern und an spezifische Kontexte angepasst werden können. Die Definition demokratischer Iteration wird allerdings nicht im gesamten Buch konsistent durchgehalten. So spricht *Benhabib* einerseits davon, dass demokratische Iterationen Prozesse „between justification and legitimation“ (152) seien, während sie an anderer Stelle betont, es handle sich um „processes of legitimation not of justification“ (246, Fn. 44).

Die empirischen Bedingungen, die zunehmend globale demokratische Iterationen ermöglichen, stehen auch am Anfang normativ problematischer Entwicklungen, wie dem Interventionismus westlicher Staaten oder der Erosion staatlicher Souveränität. Im fünften Kapitel beantwortet *Benhabib* zunächst die Frage nach einem Menschenrecht auf Demokratie positiv, wendet sich jedoch dezidiert gegen daraus ableitbare Rechtfertigungen kriegerischer Interventionen (89). Die Krise der Souveränität macht sie an Phänomenen der Deterritorialisierung durch transnationale Migration, der Ausweitung des globalen Kapitalismus und der Verbreitung nicht-staatlichen Rechts fest und stellt deren negative Implikationen für die Anwendbarkeit

klassischer Volkssouveränitätskonzepte heraus (Kapitel 6). Ihr Lösungsansatz besteht in der Skizzierung eines weltweiten republikanischen Föderalismus, basierend auf globalen demokratischen Iterationen, deren theoretisches Fundament und Wirkungsmächtigkeit in den Kapiteln 7 bis 9 veranschaulicht werden. Dabei setzt sie insbesondere auf die jurisgenerative Kraft des Rechts, das heißt auf dessen Potential, neue Bedeutungshorizonte zu eröffnen und so lokalen Akteuren produktive Begriffe zur Unterstützung ihrer sozialen Bewegungen an die Hand zu geben (Kapitel 7). Im achten Kapitel setzt sich *Benhabib* mit unterschiedlichen Kritikpunkten an ihrer in „*Die Rechte der Anderen*“ vorgestellten Theorie der Zugehörigkeit auseinander. Besonders interessant ist der neu hinzugekommene Teil, in dem sie die Hauptlinien der aktuellen demokratietheoretischen Diskussion über das *boundary*-Problem nachzeichnet und ihre Position untermauert und schärft (156ff.). Mit der Kopftuchdebatte in Frankreich, Deutschland und der Türkei analysiert *Benhabib* exemplarische Prozesse demokratischer Iterationen im Spannungsfeld von Säkularisierung und Fundamentalismus (Kapitel 9).

Nicht nur die Bandbreite der Themen, die *Benhabib* in diesem Werk abdeckt, ist beeindruckend, sondern vor allem, wie virtuos sie sich von unterschiedlichsten theoretischen Ansätzen von Negri über Teubner bis Nussbaum abgrenzt. Sie bleibt der Diskurstheorie treu, die sie in neue sozialwissenschaftliche Erkenntnisse einbettet und um konzeptuelle Neuerungen bereichert. Anders als es der Titel vermuten lässt, spielt der Begriff der Menschenwürde allerdings nur eine untergeordnete Rolle. Auch wenn das Buch für diejenigen,

die mit *Benhabibs* Arbeiten vertraut sind, nur wenige neue Gedanken be-reithält, wird hier die interne Kohärenz ihrer Überlegungen als aufeinander aufbauende Teile einer komplexen Menschenrechtstheorie deutlich.

Svenja Ahlhaus

Gaus, Gerald. *The Order of Public Reason: A Theory of Freedom and Morality in a Diverse and Bounded World*. Cambridge University Press 2011. 642 Seiten. 79,25 \$.

Gerald Gaus, renommierter US-amerikanischer Philosoph, hat ein herausragendes Buch vorgelegt. Es ist einerseits ein Beitrag zu einer liberalen Theorie öffentlicher Vernunft. Andererseits unterscheidet es sich grundlegend von anderen Beiträgen, indem es auf eine umfangreiche Literatur unter anderem in den Bereichen der Spieltheorie, Psychologie sowie der biologische und kulturelle Evolution zurückgreift. Das Buch ist deshalb nicht immer leicht zu lesen und auch nicht leicht zusammenzufassen.

Gaus hat folgenden Ausgangspunkt: Liberale Theorie basiert auf der Annahme freier und gleicher Personen in dem Sinne, dass niemand eine Art natürliche moralische Autorität gegenüber einem anderen besitzt. Diese Annahme steht aber in einem Spannungsverhältnis zur grundlegenden Praxis gesellschaftlicher Moral (social morality). Damit meint Gaus das existierende System gesellschaftlicher Normen und Regeln, innerhalb dessen eine Person gegenüber einer anderen bestimmte Handlungen oder Unterlassungen einfordern kann. Er stellt deshalb zwei Fragen: (1) Warum brauchen wir diese einschränkende Praxis? (2) Kann diese

Praxis mit unserem Status als freie und gleiche Personen in Einklang gebracht werden? Die erste Frage ist für Gaus wichtiger als für viele andere Theoretiker öffentlicher Vernunft. Seinem Lehrer Kurt Baier folgend, sind für Gaus Moral und Gerechtigkeit nicht nur wünschenswerte Dinge, von denen man nicht genug bekommen kann. Die realweltliche Praxis moralischer Forderungen und Verurteilungen sei häufig auch abstoßend. Gaus will deshalb im ersten Teil des Buches verstehen, warum wir diese Praxis überhaupt brauchen. Gaus folgt dabei zum Teil der Rational Choice-Tradition. Menschen sind häufig mit *mixed motive*-Situationen konfrontiert, in denen alle von der Kooperation profitieren, aber auch alle der Versuchung ausgesetzt sind, ihren Beitrag zur Kooperation zu verweigern. Internalisierte moralische Regeln können dieses Problem lösen. Gaus widerspricht aber Rational Choice-Theoretikern wie David Gauthier, die davon ausgehen, dass wir die moralische Praxis deshalb aus rationalem Eigeninteresse akzeptieren können. Denn wir brauchen die Verpflichtung gegenüber gesellschaftlicher Moral genau in den Situationen, in denen wir der Versuchung des Betrügens ausgesetzt sind, weil wir nicht glauben, dass die bestehenden Regeln unseren Interessen dienen. Gaus' Erklärung stellt daher nicht auf egoistischer Rationalität ab, sondern auf biologische und kulturelle Evolution: Menschliche Kooperation setzt die Entwicklung unserer Fähigkeiten voraus, moralischen Regeln zumindest zum Teil um ihrer selbst willen zu folgen, und die Nichtbefolgung dieser Regeln durch Andere herauszufinden und zu bestrafen. Kurz: Erfolgreiche menschliche Kooperation macht